

## **Der Krieg im Inneren: Aufstandsbekämpfung in Chiapas und Kolumbien**

(März 1998)

1997 war ein Jahr dramatischer Eskalation der Gewalt in Chiapas und Kolumbien. Das Massaker an 45 unbewaffneten Zivilisten am 22. Dezember in Chiapas war nur die Spitze des Eisberges. 500 Menschen waren die Opfer politisch motivierter Morde im letzten Jahr in Chiapas und Tausende von Chiapanecos wurden zu Flüchtlingen gemacht. Im gleichen Jahr ereigneten sich in Kolumbien 185 politische Massaker bei denen 1042 Menschen getötet wurden. Aufgrund der herrschenden Gewalt sind heute über eine Million Kolumbianer zu internen Flüchtlingen geworden. Das ist Krieg niedriger Intensität, wie er im Lehrbuch steht. Ziel ist die Unterminierung der sozialen Basis der Aufstandsbewegungen durch Terrorisierung der Zivilbevölkerung im Konfliktgebiet. Massaker und die Entwurzelung ganzer Gemeinden sind Methode, wobei Regierungsbehörden und Armee-Einheiten zugleich versuchen, die "Herzen und Köpfe" der Campesinos mit Geschenken, Subsidien und "kostenlosen Haarschnitten" zu gewinnen.

Das Neue in Chiapas wie in Kolumbien ist, wie der NACLA-Bericht (dem dieser Text entstammt) dokumentiert, das paramilitärische Gruppen in wachsendem Maße die führende Rolle bei der Aufstandsbekämpfung übernehmen. Das trifft insbesondere auf Kolumbien zu, wo die Armee praktisch durch paramilitärische Gruppen ersetzt worden ist. Und in Mexico sind Regierungsmitglieder der herrschenden Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) an der Organisation und Finanzierung verschiedener paramilitärischer Gruppen im Staat Chiapas direkt beteiligt.

Diese "Privatisierung" der Aufstandsbekämpfung, wie sie von Ricardo Vargas bezeichnet wird, ist direkt mit dem Bedürfnis dieser Länder verbunden, den Anschein von Legitimität und Stabilität zu wahren, um die Fortsetzung ausländischer Investitionen zu garantieren. Die Organisation paramilitärischer Gruppen hat einen entscheidenden Vorteil: Die plausible Bestreitung ihrer Existenz. Die Paramilitarisierung des Krieges erlaubt es den Regierungsvertretern "unkontrollierbare" paramilitärische Gruppen der Eskalation der Gewalt zu beschuldigen, ihr "Entsetzen" über die begangenen Greueltaten auszudrücken und den ausländischen Investoren zugleich zu versichern, dass dies "Exzesse" sind, die "untersucht" und bald "unter Kontrolle gebracht" werden.

Ein weiteres Novum ist, dass sowohl in Chiapas als auch in Kolumbien die paramilitärischen Gruppen keine stummen Akteure hinter den Kulissen sind. Im Gegenteil, sie sind gut öffentlich sichtbar. Carlos Castaño, der die brutalen "Vereinigten Selbstverteidigungseinheiten Kolumbiens" leitet, die für Dutzende von Massakern in ländlichen Gegenden ganz Kolumbiens verantwortlich sind, lässt sich seit einigen Jahren regelmäßig von lokalen und internationalen Journalisten interviewen, in welchen er wiederholt den Willen äußert, die Schlacht zur Ausrottung der FARC anzuführen. Die Regierung des Staates Chiapas, die aus dem "Dinosaurierflügel" der PRI besteht, gibt unverhohlen zu, in Chiapas operierende paramilitärische Gruppen finanziell zu unterstützen. Der PRI-Chef im Parlament von Chiapas, Samuel Sánchez Sánchez, ist ein offener Befürworter, viele sagen Anführer, der paramilitärischen Gruppe "Paz y Justicia".

So wie die Kriege zur Aufstandsbekämpfung in Mittelamerika in den 80er Jahren, braucht die Aufstandsbekämpfung in Chiapas und Kolumbien ihren rechtfertigenden Mythos. Die alten Mythen des Sowjet- und Kuba-inspirierten Kommunismus funktionieren nach Beendigung des kalten Krieges nicht mehr, was die Erfindung neuer Mythen erforderlich machte. Die kolumbianische Regierung und ihre Verbündeten in Washington erfanden die Narcoguerrilla-Theorie, der u.a. durch den Kolumbien-Besuch des U.S.-Chefs der Drogenbekämpfung, Barry McCaffrey im letzten Oktober gehuldigt wurde. Jener sprach den Soldaten, die gegen die "schreckliche Bedrohung der Demokratie durch 15 000 Narcoguerrillas" kämpfen, sein Lob aus. Der gleichermaßen absurde Mythos von Chiapas ist, dass die Armee geschickt werden musste, um die Ordnung zwischen "sich bekämpfenden Indianern" wieder herzustellen, die angeblich für die Gewalt verantwortlich sind. Wie in den 80er Jahren plappern die US-Medien diese rechtfertigenden Mythen nach und stellen sie als Fakten dar.

Bei der Aufstandsbekämpfung in den 90ern, geht es weder in Kolumbien noch im Süden Mexicos um den Schutz der Demokratie oder die Verhinderung lokaler Gewalt. Es geht vielmehr um die Absicherung bestimmter nationaler und internationaler Interessen inmitten ökonomischer und politischer Transformationen, getrieben vom Zeitalter des Neoliberalismus, den Hardlinern der PRI und ihren Unterstützern in Chiapas, von der aufblühenden Narco-Bourgeoisie Kolumbiens, die ihre Transportwege schützen will, multinationalen Konzernen, die ungestört den mineralischen Reichtum in Chiapas und die Ölfelder in Kolumbien ausbeuten wollen, und nicht zuletzt vom Wunsch der USA, ihre Hegemonie in dieser Region aufrecht zu erhalten.